

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage zweimal, am Montage nur Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Herbergasse 2) und auswärts bei allen Königl. Postanstalten angenommen.

Danziger



Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., auswärts 1 Thlr. 20 Sgr.
Inserate nehmen an: in Berlin: A. Retemeyer, Kurstraße 50;
in Leipzig: Heinrich Hilbner, in Altona: Haesenstein u. Vogler;
in Hamburg: S. Türlheim und S. Schneberg.

Zeitung

Amtliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allernädigst geruht: Dem Stadtrath Sommer zu Berlin den Rothen Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife, so wie dem Mitgliede des Directoriums der Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn-Gesellschaft, Kaufmann Carl Wilhelm Aue zu Magdeburg und dem Bürger-Deputirten, Armen-Commissions- und Bezirkvorsteher, Hofglasermester Laack zu Berlin den Rothen Adlerorden vierter Klasse zu verleihen.

Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angekommen 11 $\frac{1}{2}$ Uhr Vormittags.

Paris, 25. August. Der heutige „Moniteur“ sagt: Mehrere Journale verlangen zu wissen, welches die Stellung sei, die die Regierung Angesichts der Bewegung in Italien einzunehmen gedenke. Diese Frage ist nach dem amtlichen Organ so klar, daß jeder Zweifel unmöglich erscheint gegenüber den inso enten Drohungen und den möglichen Consequenzen einer demagogischen Insurrection. Die Pflicht des französischen Gouvernements und seine militärische Ehre zwingen es, mehr als jemals den Papst zu verteidigen. Die Welt soll wissen, daß Frankreich niemals diejenigen in der Freiheit verläßt, auf welche seine Protection sich erstreckt.

(W.C.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Paris, 24. August. Die heutigen Abendjournale zeigen an, daß Victor Emanuel auf dem Punkt stehe nach Neapel abzureisen. Nicasoli habe Paris verlassen um nach London zu gehen.

Turin, 22. Aug. Die „Gazetta ufficiale“ veröffentlicht ein Memorandum des Ministeriums an den König. In demselben heißt es unter Anderem: Garibaldi habe in Sicilien die Fahne des Aufruhrs erhoben; der Name des Königs und der Italiens diene nur dazu, um die Intentionen der europäischen Demagogie zu verschleiern; das Gesetz: Rom oder Tod! und die gegen Italiens ruhmreichen Alliierten ausfüllung der einmütigen Wünsche. Garibaldi sei tanb gegen die Stimme des Königs und der Gedanke eines Bürgerkrieges schrecklich nicht zurück. Es sei nothwendig, energisch zu handeln. Die Rebellion Garibaldis lege die Nöthigung auf, das von den Freiwilligen besetzte Land wie ein von Feinden occupirtes oder bedrohtes zu behandeln; das Ministerium rath, Sicilien in Belagerungsstatus zu erklären und übernimmt dafür die Verantwortlichkeit.

Die Journale theilen mit, daß die unter den Befehl Cialdini's gestellten militärischen Streitkräfte aus 60 Leichtenbataillonen, 11 Batterien Artillerie und 3 Kavallerieregimentern zusammengefest seien. Dieses Armeecorps werden binnem Kurzem in Sicilien vereinigt sein.

Turin, 23. August. Die „Gazetta ufficiale“ enthält ein Decret, durch welches Cialdini zum außerordentlichen Commissär für Sicilien an Stelle Eugia's ernannt wird. Eine Verordnung des Ministers des Äußern verbängt die Blokade über die Küsten Siciliens; es sollen die Gründzüge des im Pariser Congrèß vom Jahre 1856 festgestellten Seerechts beobachtet werden. Ein fernerer Ministerialdecree löst die Emancipationsgesellschaft zu Genua und deren Filialvereine auf. Die Colonien Ricotti's und Mella's haben sich zu Selisterbiano vereinigt. Acireale ist von den nach der Küste gesandten Truppen besetzt worden.

Nach Berichten, welche die Regierung erhalten hat, hat Garibaldi zu Catania die öffentlichen Cassen mit Beschlag belegt, Contributionen auferlegt und Barricaden errichtet. Die Freiwilligen sind schlecht bewaffnet; die Mehrzahl der Bevölkerung ist der Regierung günstig gestimmt. Palermo und Messina sind ruhig; Caltanissetta und andere von den Garibaldianern verlassene Plätze sind zur Ordnung zurückgekehrt.

Turin, 23. August. Die von der „Opinione“ gebrachten Nachrichten, daß die Präfeten von Catanzaro und Consenza ihre Demission gegeben, so wie daß drei Colonien Freiwilliger, von Corte, Bruzzesi und Nullo geführt, nach Kalabrien vorrücken, sind falsch. Die Berichte aus Calabrien lauten vielmehr beruhigend. La Marmora hat energische Maßregeln getroffen.

Aus Messina wird gemeldet, daß Garibaldi sich noch immer in Catania befindet und daselbst eine Regierung einzegen zu wollen scheine. Die Mehrheit der Bevölkerung sei gegen diese Maßregel und viele Familien hätten die Stadt verlassen. Die Truppen konzentriren sich in der Nähe von Catania.

Turin, 24. August. Der „Diritto“ theilt mit, daß Garibaldi in einer Proklamation die Ungarn aufgefordert habe, an dem Aufstande in Italien Theil zu nehmen. Lapka Garibaldi's geantwortet: Die Ungarn würden auf die Summe königlichen Truppen, wenn seine Freiwilligen vereint mit den Hente compromittire Garibaldi seinen Namen durch einen Bürgerkrieg. Möge er aufhören, zu Gunsten Österreichs und der Reaktion zu arbeiten, indem er die Befreiung Italiens beschleunigen wolle.

Turin, 24. August. Direct aus Catania eingetroffene Nachrichten bestätigen, daß der größte Theil der dortigen Bevölkerung, insbesondere die Nationalgarde, der Regierung günstig sei. Die Municipalität steht in direkter Verbindung mit den Königlichen Behörden, die sich am Vorab eines Kriegsdampfers befinden. Nichts desto weniger scheint Garibaldi Widerstand leisten zu wollen.

Petersburg, 23. August. Durch Kaiserliches Decret ist es jedem Privatmann ohne Unterschied des Standes gestattet, sowohl auf Kron- wie auf Gemeindegütern in Siberien Branntweinbrennerei zu errichten. Die Gouverneure sind angewiesen, solchen Bauunternehmern das hierzu nötige Terrain gratis zu überlassen.

Warchau, 24. August. Das im Prozesse gegen den Lithographen Rzonca im Gouvernementspalais gefallte auf Tod mittels Stranges lautende Urtheil liegt dem Großfürsten zur Bestätigung vor. Nach einem Gerichte ist der andere Angeklagte, Lithograph Ryss, im Gefängniß gestorben.

Unsere auswärtige Politik.

Wenn zur Führung einer auswärtigen Politik, wie sie der Würde und den Interessen unseres Landes angemessen ist, kein anderes Mittel nötig wäre, als eine scharf geschliffene diplomatische Feder, so könnten wir in der That anfangen, mit einer gewissen Zuversichtlichen Hoffnung, ja, mit stolzen Erwartungen auf die Notenkriege des Grafen Bernstorff hinzublicken. Wie scharf und schneidend hat er nicht auf die identischen Noten, mit welcher stolzen Zurückweisung auf die dänischen Impertinenzen geantwortet! Und jetzt eben liegt uns wieder eine an den österreichischer Minister des Auswärtigen gerichtete Note vor, deren Ton von einem grossstaatlichen Selbstgefühl zu zeugen scheint, daß wir wohl wünschen möchten, es wäre der hochmuthigen Selbstüberhebung des österreichischen Cabinets von preußischer Seite nie in einem andern Tone geantwortet worden. Bekanntlich hatte Graf Rechberg die höfliche und im Stile des äußersten Wohlwollens abgesetzte Mitteilung von der preußischen Anerkennung des Königreichs Italien mit einem Hohne und einer Wegwerfung ohne Gleichen beantwortet. Graf Bernstorff hat mir am 31. v. M. dem österreichischen Minister geschrieben, daß er „aus dieser Aufnahme einer bündesfreundlichen Mitteilung jedenfalls die lehrreiche Erfahrung geschöpft habe, daß die preußische Regierung sich in Zukunft jeder ähnlichen Rücksichtnahme auf österreichische Interessen überhoben errichten dürfe, so weit sie nicht durch ihre Bundespflichten bedingt ist.“ Es ist nur schlimm, daß Graf Bernstorff diese „lehrreiche Erfahrung“ erst aus dieser Note und nicht schon längst aus zehn anderen Noten und hundert Thaten des österreichischen Cabinets geschöpft hat. Schlimmer freilich noch ist es, daß die nämliche Note, in welcher unser Minister eine so scharfe und tressende Antwort erhielt, zugleich den Beweis liefert, daß unser auswärtiges Ministerium noch immer auf einer Politik verharret, die den Vertretern der specificisch österreichischen Interessen genau eben so willkommen ist, wie sie im Widerspruche zu den wahren und nur von einer äußerst kleinen Partei in Preußen verkannten Interessen des preußischen Staates und des deutschen Vaterlandes steht. Wahrlieb, der künftige Geschichtsschreiber wird Mühe haben, es zu begreifen, daß noch im Sommer des Jahres 1862 ein preußischer Minister behaupten kann, seine Regierung erfülle „eine Bundespflicht“ gegen Deutschland, wenn sie, wie Graf Bernstorff in der Note vom 31. Juli dem Grafen Rechberg wiederholt erklärt, eine „dem Turiner Cabinet keineswegs angenehme“ Stellung zu dem neuen italienischen Königreich und seinen eventuellen Prätensionen“ einnimmt. Daß eine gesunde preußische Politik, eine Politik, die von dem freien Geiste der Gegenwart erfüllt, den österreichischen Einfluß auf die deutschen Cabinets mit einem Schlag zu vernichten und die Geltung des Napoleonischen Willens in Europa auf das ihr gehörende Maß zurückzuführen in jeder Beziehung befähigt wäre: eine solche Politik würde gerade umgethetzt die dem Turiner Cabinet angenehmste Stellung schon längst eingenommen, schon längst das Recht Italiens auf Rom und Venetia als ein unbestreitbares anerkannt haben. Wir brauchen nicht zu wiederholen, was wir in den Spalten dieser Zeitung schon oft genug über diesen Punkt gesagt haben, und was von dem richtigen Urtheile des deutschen Volkes schon längst als unleugbare Wahrheit anerkannt ist. Aber wie soll eine gesunde äußere Politik da auftreten, wo die innere an mehr als einer Krankheit darniederliegt!

Landtags-Verhandlungen.

40. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 20. August.

Der Kultusminister constatirt, daß die zwei Aerzte, welchen nach der Mitteilung des Abg. Birchow (in der vorigen Sitzung) die Regierung im Jahre 1848 und 1849 die Erlaubnis zur Praxis entzogen habe, wegen politischer Vergehen zu Feindstrafe und Entziehung der National-Polizei verurtheilt worden seien (v. Binde: hört! hört!). Daraufhin habe das Ministerium ihnen auf Grund des Gewerbebegeistes die Concession entzogen (v. Binde: Aha!). Einem derselben sei die Rehabilitation später wieder gewährt worden. (Abg. Birchow ist noch nicht im Hause anwesend.)

Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildet die Petition des ehemaligen Oberpräsidenten Binder um Aufhebung der Buchthausgesäle in Schlesien. Die Commission beantragt Ueberweisung zur Berücksichtigung, die mit sehr großer Majorität angenommen wird.

Der zweite Gegenstand der Tagesordnung ist die Beschwerde des Gutsbesitzer Schmidt zu S. bei Oranienburg über den Landrat Scharnweber. Petent verlangt die Einleitung einer strafrechtlichen Untersuchung gegen lechteren wegen Amtsüberschreitung. Die Justizcommission hat zweimal über den Fall Bericht erstattet; das erste Mal (Ref. Abg. Koch) hat sie „Ueberweisung zur Berücksichtigung“, das zweite Mal (Ref. Abg. Waldeck) — nachdem thatächliches Material neu hinzugekommen war — jedoch den Übergang zur Tagesordnung empfohlen. — Abg. Blasemann für den Übergang

zur Tagesordnung, aber gegen die Motive des Berichts. Der Justizminister vertheidigt den Landrat S. ausführlich in Bezug auf die gegen ihn erhobenen Anklagen. Ausdrücke, wie im ersten Bericht, seien in diesem Hause noch nicht gebracht worden; er bitte, durch einstimmige Annahme der Tagesordnung dem Landrat Genugthuung zu geben. Abg. v. Beughem constatirt, daß die Regierung zu Potsdam das Verfahren des Landrats gemäßbilligt; es sei keine Veranlassung, einen Beamten, dessen Verfahren von der Regierung gemäßbilligt worden, in der Weise in Schutz zu nehmen, wie es hier geschehe. — In demselben Sinne sprechen die Abgeordneten Frech, Flieger, Oppermann, während die Minister der Justiz und des Innern, sowie der Abgeordnete v. Malinckrodt den Landrat in Schutz nehmen.

Abg. Schiebler: Er sei noch jetzt für „Ueberweisung“ der Petition, da der § 315 des Strafgesetzbuches objectiv ungünstig verlegt sei. Abg. v. Binde (Stargard) lobt das Verfahren des Landrats, findet die Missbilligung der Potsdamer Regierung ungerechtfertigt und schließt mit dem Wunsch: Der Himmel möge das Haus läufig vor solchen Commissionsberichten (wie der erste) bewahren! (Bravo!) — Abg. Kratz: Er habe jetzt in der Commission für Tagesordnung gestimmt, weil der Landrat durch die vorgefasste Behörde bereits rectificirt sei; aber man dürfe hier nicht einen Mann loben, der sich im Unrecht befinden (Bravo), der froh sein könne, daß er der strafrechtlichen Untersuchung entgangen sei (lebhafte Zustimmung links). Abg. v. Binde begreift nicht, wie der Abg. Kratz sich so unangemessen habe ausdrücken können; er müsse nochmals hervorheben, daß der Landrat seines Erachtens vollständig im Rechte war. — Abg. Kratz wiederholt seine vorige Ausführung. — Die einfache Tagesordnung wird darauf abgelehnt, und eine motivirte Tagesordnung des Abgeordneten Ahmann (in Erwähnung, daß das Verfahren des Landrats S. zwar ungünstig, aber nicht zu einem Strafverfahren geeignet sei) wird angenommen.

Bei acht Petitionen, welche Aufhebung des Lubischen Rechts für Hinterpommern und Altvoorpomern beantragen, empfiehlt die Commission Tagesordnung, weil die Regierung ein den Gegenstand betreffendes Gesetz als in Vorbereitung angekündigt hat. Der Antrag wird angenommen. — Das selbe geschieht mit den Commissionsanträgen bei zwei anderen Petitionen. — Der Vorstand der Synagogen-Gemeinde zu Gollub beantragt Änderung des Juden-Eides. Die Commission empfiehlt die Petition der Staatsregierung mit der Erwartung zu überreichen, daß dieselbe spätestens in der nächsten Session einen Gesetzesvortrag vorlegen werde, welcher nicht nur die Eide der Juden, sondern auch die der Christen nach andern Normen und Modalitäten reguliert. Der Antrag wird ohne Discussion angenommen. — Bei der Beschwerde der Potsdam-Magdeburger Eisenbahngesellschaft, daß die Räumlichkeiten ihres Berliner Bahnhofes zur Mietsteuer herangezogen werden, empfiehlt die Justiz-Commission Ueberweisung zur Abhilfe. Der Abg. Schwarz, der Minister des Innern und die Abgeordneten Hagen, v. Malinckrodt und Michaelis bekämpfen den Antrag und empfehlen die Tagesordnung, welche von dem Hause angenommen wird. — Zwei andere Petitionen werden nach den Anträgen der Justiz-Commission erledigt.

Es folgt der Bericht der Handels-Commission über die Anträge der Abgeordneten Reide und Schmidt (Leinen) und des Abg. Karsten, die Verwaltung der Bergbau-Hilfsklassen betreffend, sowie über Petition der niederrheinisch-westphälischen Gewerke. Sämtliche Anträge fordern, daß die Verwaltung dieser Klassen aus den Händen des Staates in die der Contribuenten übergehe. Die Commission empfiehlt die Annahme derselben. — Nach kurzer Discussion wurde ein Verbesserungsantrag des Abg. Beughem angenommen, welcher die Erwartung ausspricht, daß die Regierung in der nächsten Session einen Gesetzentwurf im Sinne der Anträge vorlegen werde.

Es folgt der erste Petitionsbericht der Commission für Handel und Gewerbe. Der Revisionsausschuss der Actionäre der Rhein-Maße-Bahn bittet, die Königl. Direction der Bahn anzeweisen, mit ihm unter Offenlegung der Bücher und Papieren befreit Erreichung der ihm gestellten Aufgabe in Verhandlung zu treten. Die Commission hat Tagesordnung beauftragt. Der Abg. Birchow befehlt Ueberweisung zur Berücksichtigung. Er mache besonders darauf aufmerksam, daß dies das erste Unternehmen sei, wobei die Regierung in Verbindung mit Süddeutschland getreten und nichts so sehr zur Verstimming der Süddeutschen gegen Preußen und dem damaligen Handelsminister beigetragen habe, als die dort erlittenen Verluste. Diese Verstimming sei am besten durch Offenlegung der Bücher zu heben. — Nachdem ein Regierungs-Commissar und die Abgeordneten Blasemann und Reichenheim (Referent) den Birchow'schen Antrag bekämpft, wird die von der Commission beantragte Tagesordnung angenommen.

Der Apotheker Pannes zu Köln hat eine Reform des Apothekerconcessionswesens, resp. den Erlass eines Gesetzes beantragt, wonach jeder approbierte Apotheker berechtigt ist, sein Gewerbe selbstständig auszuüben. Die Commission (Ref. Abg. Michaelis) hat mit Zugrundelegung statistischer Thatsachen dargelegt, wie verschieden das bestehende Gesetz in den Provinzen des Staates angewendet werde, und sich exempli für die freiheitlichen Grundzüge der diesem Gewerbe ausgesprochenen Verordnung befolgen zu lassen. — Abgeordneter v. Binde (Stargard) wünscht weniger rigorose Anwendung des Gesetzes, erklärt sich aber gegen die Freigabe dieses Gewerbes. Die Zahlen des Berichts seien nicht beweisend. In Schlesien z. B., wo die Apotheken am sparsamsten ver-

theilt seien, solle die Neigung, sich von Aerzten kuriren zu lassen und Apotheken zu beurtheilen sehr gering sein; man solle dort mehr Sympathien für die Schäfer haben. In Ländern, in denen dies Gewerbe frei ist, z. B. in Italien, lösse man stets Gefahr, wenn die Apotheken nicht unter spezieller Aufsicht des Arztes gefertigt würden. Im Interesse des Publikums, nicht der Apotheker, erkläre er sich gegen den Commissions-Autrag. Er beantrage motivirte Tagesordnung „in der Voraussetzung, daß die Regierung die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen mit möglichster Rücksicht auf die Bedürfnisse der Bevölkerung handhaben werde.“ — Abg. Plaßmann stellt den Autrag: „Die Erwartung auf anderweitige gesetzliche Regulirung des Concessionswesens der Apotheken auszusprechen.“ — Abg. Dr. Lette: Der Vorredner habe gegen die Freigabe der Apotheken eigentlich keine andern Gründe vorgebracht, als die allgemeinen Gründe gegen die Gewerbefreiheit überhaupt. Diese sei das beste Gegenmittel gegen alle die von ihm befürchteten Nachtheile. Die Freigabe des Apothekergewerbes sei ja doch nicht in dem Sinne zu verstehen, daß damit auch jede Prüfung der Besichtigung und der Persönlichkeit wegfallen solle. Ein Vergleich mit andern Ländern sei nicht zu treffen. Versehen kämen auch (einzelne Vergiftungsfälle etc.) jetzt vor. — Unterstaatssecretair Lehnherr: Die Staatsregierung stehe auf demselben Standpunkt wie der Abgeordnete für Stargardt. Der Redner entwickelt die bekannten Gründe für das Monopol der Apotheken. Die Freigabe würde den beabsichtigten Zweck nicht erreichen, eine ganz gleichmäßige Vertheilung der Apotheken damit nicht erreicht werden. Die statistischen Mittheilungen des Berichts bedürfen einer Ergänzung: wenn angeführt sei, daß 106 Städte noch keine Apotheken hätten, so sei zu bemerken, daß 58 Städte nur 250 bis 1000, über 200 Städte nur 1000—2000 Einwohner hätten u. s. w. In den letzten zwölf Jahren seien 91 neue Apotheken angelegt worden, die Gesamtzahl der bestehenden betrage 1556, die Vermehrung sei eine durchaus verhältnismäßige. Begründete Gefüche fänden Besichtigung. — Abg. Plaßmann: Selbst in dem von der linken Seite vorgelegten Entwurf der Gewerbe-Ordnung seien die Apotheken von der völligen Gewerbefreiheit ausgeschlossen. Aus der nicht gesetzlichen Regulirung der Angelegenheit sei es gekommen, daß in den verschiedenen Bezirken auch eine verschiedene Zahl von Seelen auf eine Apotheke komme. Deshalb wünsche er gesetzliche Regulirung. — Abg. Dr. Birchow: Er stimme mit dem Abg. Plaßmann überein. In Belgien, England etc. seien die Apotheken zugleich Aerzte, indem das Publikum daselbst die schon zusammengesetzten Medicamente kaufen. Bei uns sei es anders. Man werde jedoch nicht bei der jeweils Methode stehen bleiben dürfen, denn man mache jetzt den Concessionären gewissermaßen ein großes Geldgeschenk; das komme daher, daß mit den Concessions zu bürokratisch verfahren werde. Eine Änderung dahin, daß etwa die Magisträte oder die Kreisvertretungen über das Bedürfnis zu entscheiden hätten, dürfte wohl am Platze sein, und in dieser Beziehung empfehle sich der vom Abg. Plaßmann gestellte Autrag.

Referent Abg. Michaelis: Wenn der Abg. v. Binske angeführt, in Schlesien seien nicht mehr Apotheken erforderlich, weil die Leute viel zum Schäfer gingen, so möge er seinen Berichtsteller doch fragen, ob die Leute nicht etwa zum Schäfer geben, weil keine Apotheken da sind, oder ob wirklich keine Apotheken da sind, weil die Leute zum Schäfer gehen. Nicht die Einwohnerzahl der Städte sei maßgebend, denn eine Stadt pflege in der Mitte eines bevölkerten Bezirks zu liegen; die Apotheker können möglicherweise auch auf einem bebauten Dorfe fortkommen. Wenn in 12 Jahren nur 91 Apotheken concesionirt, müsse das Land noch 36 Jahre warten, ehe die noch erforderlichen 274 Apotheken, deren Bedürfnis der Comm.-Bericht nachweist, gegründet werden. Die Gewerbefreiheit und die Controle der Aerzte sei der beste Regulator. Eine rheinische Behörde habe selbst einmal in einem amtlichen Circular ausgesprochen, ohne Mitwirkung der Aerzte sei eine Controle unmöglich. Eine Prüfung der Bedürfnisfrage durch die Gemeindebehörden, wie der Abg. für Saarbrücken sie wünsche, sei bei dem notorischen Einfluß des Apothekers in kleinen Städten wohl nicht ratsam. Die Überweisung zur Besichtigung folle einen Anstoß geben zur Regelung der Bedürfnisfrage, sonst damit im Zusammenhange stehende Fragen habe die Commission bei Gelegenheit einer Petition nicht zu erwägen gehabt. Die vom Abg. v. Binske beantragte motivirte Tagesordnung wird hierauf abgelehnt und der Comm.-Autrag mit dem Plaßmann'schen Zusatzantrag angenommen. Vor dem Schlus der Sitzung findet zwischen dem Abg. Birchow und dem Cultusminister eine Erörterung in Betreff der von letzteren beim Beginn der Sitzung abgegebene Erklärung statt.

Nächste Sitzung: Dienstag. Tagesordnung: Petitionsberichte.

Deutschland.

* * Berlin, 24. August. Die Entscheidung der Budget-Commission, dem Abgeordnetenhaus gar keine Resolution zum Militäretat vorzuschlagen, wird, glaube ich, wohl mit der Ansicht der Mehrheit im Publikum übereinstimmen, überhaupt das Richtige getroffen haben und zwar aus folgenden Gründen. Die Commission wird in ihrem Bericht an das Haus ihre Beschlüsse ausführlich motiviren. In den generellen Motiven werden sowohl die Gründe für den rechtlichen Standpunkt des Hauses der Regierungsvorlage gegenüber wie die sachlichen Gründe, aus welchen die Commission dem Reorganisationsprojekt der Regierung nicht zuzustimmen vermag, ihre Stelle finden. Bei Gelegenheit der letzteren werden sowohl die principiellen Gesichtspunkte des Regierungsplanes wie der Modus ihrer Ausführung zur Sprache kommen. Die Kritik der Principien wird feststellen, inwiefern sie mit den Ansichten der Commission über wünschenswerte Verbesserungen in unserer Heer-Verfassung und unserem Wehrwesen übereinstimmen, die Kritik des Modus der Durchführung, ihre abweichenden Überzeugungen über das, was dem Lande politisch, volkswirtschaftlich und finanziell heilsam ist und weshalb die Regierungsvorlagen abgelehnt werden müssen, ergeben.

Der Commissionsbericht bildet die Grundlagen der Handlungen im Plenum des Hauses. Die Beschlüsse desselben werden constatiren, ob das Haus die Überzeugungen an der Commission teilt, oder worin es von ihnen abweicht, die Motivirung dieser Beschlüsse im Hause, wie weit es mit den Motiven der Commission übereinstimmt, worin sie zu ergänzen, beziehungsweise zu corrigieren sind. Der Commissionsbericht sowohl wie die Protokolle und stenographischen Berichte über die Plenarverhandlungen werden also Alles enthalten, was das Abgeordnetenhaus über das Militärbudget und den Reorganisationsplan der Regierung zu befinden erachtet und zur Kenntnis der Regierung und des Landes zu bringen hat. Dadurch wird aber jede besondere Resolution überflüssig.

Die Motive der Beschlüsse werden die Überzeugungen und Wünsche des Abgeordnetenhauses völlig hinreichend constatiren und Mißverständnisse dürfen nicht befürchtet werden, da die Commission wie das Haus in der Lage ist, sich vollkommen klar und verständlich aussprechen zu können. Die „goldene Brücke“ für eine eventuelle Verständigung der Regierung und Landesvertretung über durchführbare Reformen zu bauen, ist Sache der Regierung. Die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses werden ihr das Material dazu bieten, und es muß ihr anheimgegeben werden, von demselben Gebrauch zu machen. Jeder verständigen Regierung kann solch ein Verfahren nur willkommen sein, weil es sie in eine vortheilhaftere Position zur Landesvertretung bringt und ihr jeglichen Schritt zur Verständigung erleichtert. Andererseits gebieten Klugheit und Tact der Landesvertretung, selbst jeden Schein von directem Druck auf die Entscheidungen der Regierungen zu vermeiden. Durch eine solche Schonung der Stellung der Regierung in der schwierigen Frage wird die Landesvertretung abermals den Beweis liefern, daß sie Alles vermeidet, was irgend wie Unmöglichkeit hervorrufen könnte. Das Land wird diese Schonung der Regierung nicht mißverstehen. Das Land wird von seiner Vertretung bestimmte Resolutionen über die Prinzipien und den Modus von Verbesserungen in unserer Wehrverfassung, welche der Reorganisationsplan zur Sprache gebracht hat, erst dann verlangen, wenn die Staatsregierung sich absolut nicht geneigt gezeigt haben wird, einen andern Modus ihrer Durchführung mit der Landesvertretung zu vereinbaren, der dem Lande ihre Vortheile zu Gute kommen läßt, ohne ihm neue gefährliche und unerschwingliche Lasten aufzuwälzen. Vorläufig handelt es sich nur zunächst darum, die Differenz zwischen Regierung und Landesvertretung über den vorliegenden Regierungsplan zum Abschluß zu bringen.

+ Die geistige Sitzung der Marine-Commission wurde ganz mit Beratung der Behrend'schen Resolution ausgefüllt. Die Diskussion bestand wesentlich in dem Wechsel der bekannten Gründe für eine Verstärkung der Flotte — eine Nothwendigkeit, die von allen Seiten zugestanden wurde — und der Gegengründe gegen die Vorlage der Regierung — Mangel eines vollständigen Gründungsplanes, Mangel des Nachweises über die Deckungsmittel, endlich die Nothwendigkeit, die Marinefrage als eine deutsche nationale zu behandeln; letzteres Argument betonte namentlich der Abg. Kosch. Seitens des Abg. Behrend sowie der Vertreter des Marine- und des Finanzministeriums wurde geltend gemacht: Wenn mit der Entwicklung der Marine nicht rasch und kräftiger als bisher vorgegangen werde, so heiße das die Flotte aufzugeben, und es sei besser, die „heure Spielerei“ ganz zu lassen. Gegen den dritten Punkt der Behrend'schen Resolution (Aufzehrung der Marinebeutlernisse durch eine Anleihe) erklärten sich die Regierungs-Commissarien als einen die Initiative der Regierung beschränkenden, gegenüber dem kleinen Maß der jetzt verlangten Mittel unnötigen Beschluss. Abg. Behrend bezeichnete die Zustimmung der Regierung zu diesem dritten Punkte seiner Resolution als die Verbedingung zu einem Votum seinerseits für die Regierungsvorlage; er betonte die Nothwendigkeit einer vorgängigen Feststellung der Deckungsmittel, weil man sonst im nächsten Jahre einem sait accompli gegenüberstehe und gezwungen wäre, die zur Fortführung des Begonnenen geforderten Mittel zu benutzen. — Der Vorwurf, daß die Gegner der Vorlage unsere Flotte vernichtetet, rief lebhafte Entgegnungen der Abgeordneten Kerst und Reichenheim hervor. Außer diesen sprachen gegen die Behrend'sche Resolution die Abgeordneten Wöhlenbeck, Kosch und Harkort. Für die Behrend'sche Resolution erklärte sich nur Abg. Stavenhagen, mit der Maßgabe, daß die eventuell zu machende Anleihe für den Fall „der Ermangelung anderer Quellen“ befürwortet werde, — eine Änderung, mit der sich der Abg. Behrend einverstanden erklärte. Bei der Abstimmung wurde der erste Punkt der Behrend'schen Resolution (zu Gunsten des Festhaltens der Regierung an den vorgelegten „leitenden Grundsätzen“) mit allen gegen 2 Stimmen, ebenso der zweite Punkt (zu Gunsten der Abkürzung der Zeit der Ausführung) mit allen gegen 4 Stimmen, und in demselben Stimmverhältnis der dritte Punkt abgelehnt; die Minorität bildeten die Abgeordneten Behrend und Gabelenz, Immermann und Stavenhagen. (Wahrscheinlich wird die Vorlage selbst mit einer gleichen Majorität verworfen werden.) — Eine vom Abg. Reichenheim eingeführte Resolution, über welche der Beschluß vorbehalten ist, lautet: „In Erwägung, daß die Entwicklung der preußischen Kriegsmarine als Ergänzung der Wehrkraft, sowie zur Förderung des überseeischen Handelsverkehrs des Landes als wünschenswert erachtet werden muß; daß jedoch zur Zeit nicht darauf eingegangen werden kann, weil ein vollständig ausgearbeiteter Plan noch nicht vorliegt, sowie die zur Ausführung derselben nötigen Deckungsmittel vor der Staatsregierung vorläufig nicht nachgewiesen werden können, beschließt das Haus der Abgeordneten: „Die Königliche Staatsregierung aufzufordern, einen vollständigen Plan zur schleunigen Entwicklung der preußischen Kriegsmarine und die Mittel zu deren Ausführung nach Maßgabe der Lage der Finanzkraft des Landes in der nächsten Session der Landesvertretung zur verfassungsmäßigen Zustimmung vorzulegen.“

+ Der Budgetcommission liegen bei Fortsetzung der Militärdebatte zunächst folgende vier Resolutionen vor:

I. Stavenhagen: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die Erklärung abzugeben, daß der § 15 des Gesetzes vom 3. September 1814 dem klaren Wortlaut nach nur dahin verstanden werden könne, daß die Regierung zwar im Kriege und nach vorangegangenen Verlusten, aber nicht schon bei den Vorbereitungen zum Kriege und bei der Mobilisierung über Landwehrmänner der Infanterie und Cavallerie gleich den Reserveen zur Einstellung bei den Linientruppen und zur Ergänzung derselben berechtigt ist.

II. Abg. v. Horckenbeck: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, § 15 des Gesetzes vom 3. September 1814 berechtigt die Staatsregierung nicht, Landwehr zur Ergänzung des stehenden Heeres zu verwenden.

III. Abg. v. Kirchmann: Das Haus wolle beschließen: Die königl. Staatsregierung ist auf Grund des § 15 des Gesetzes vom 3. September 1814 nicht berechtigt, die jüngsten Jahrgänge der Landwehr bei Mobilmachungen oder bei dem Beginn eines Krieges in das stehende Heer, zur Erfüllung der Kriegsstärke der einzelnen Batallone einzurufen.

IV. Abg. v. Leeden: Die königl. Staatsregierung aufzufordern: Mit Rücksicht auf die dem Verfassungsbedürfnis nicht genügende Bestimmung des § 3 des Gesetzes vom 3. September 1814 dem Landtag in der nächsten ordentlichen Session den Entwurf eines Recruitungsgesetzes zur verfassungsmäßigen Beratung und Feststellung vorlegen zu wollen.

— Nach der „Sternzeitung“ ist der bisherige interimi-

stische Polizei-Präsident, Landrat von Bernuth, von Sr. Majestät dem Könige definitiv zum Polizei-Präsidenten von Berlin ernannt worden.

Hannover, 22. August. (M. B.) Wenn auch mit dem Sturz des Grafen Borries das Haupt des Ministeriums gefallen ist, so sind doch die Aussichten auf eine Änderung der bisherigen Welfenpolitik nur sehr gering, da die ganze Maschinerie an der Leine zu sehr auf dem persönlichen Willen des Königs ruht. Die Entlassung des Grafen Borries ist deshalb nur in so fern beachtenswert, als sie ein neues Zeugnis von der Wandelbarkeit frönlicher Gunst ablegt. Der einst mit hohen Ehren überschüttete Minister tritt jetzt vom Scheinplatz einer vieljährigen Wirksamkeit, beladen mit der Ungnade seines Fürsten und dem Hass des Volkes. Ein Sturz war seit langer Zeit vorbereitet; selbst der König hatte angefangen ihm zu großen, seitdem er bei seinen Rundreisen im Lande sich hatte huldigen lassen, als ob er der Monarch selbst wäre. Diese Missstimmung benützte der Adel, unter welchem Herr v. Borries sich durch sein eitles und hochfahrendes Wesen viele Feinde geschaffen hatte, um dem Könige auf seinen Rundreisen vorzustellen, wie dringend nothwendig die Entlassung dieses Mannes erscheine, welcher die Krone vor aller Welt bloß stelle. Als der Graf nun vollends die Einladung des Königs zur Theilnahme an den in Goslar stattgefundenen Berathungen über die Katholizismusfrage unbeachtet gelassen hatte, fand die ihm feindliche Partei ein leichtes Spiel den König dahin zu bearbeiten, daß er in jenem Berathe eine offene Auseinandersetzung gegen seinen Willen erblickte und sofort die Entlassung des Grafen verfügte.

— Auf den Rath des Fürsten Lobanoff und des in Wien accrediteden russischen Gesandten hat der Fürst von Montenegro das Ultimatum Omer Pascha's trotz der Opposition Mirko's vollständig angenommen.

England.

London, 22. Aug. Aufsehen erregt ein vor den Assessoren in Guilford gegen ein früheres Unterhaus-Mitglied für Lambeth, Namens Roupell, anhängig gemachter Prozeß, welcher die grobstigsten Fälschungen und Beträgerien zu Tage gefördert hat. Roupell ist ein illegitimes Kind seines im Jahre 1856 gestorbenen Vaters. Durch ein untergeschobenes Testament, welches seine Mutter zur Universal-Erbin und ihn selbst zum Testamentsvollstrecker erklärt, so wie durch gefälschte Eigentums-Uebertragungs-Acten setzte er sich nach und nach zum Nachkommen seines nachgeborenen legitimen Bruders von derselben Mutter in den Besitz einer Summe von reichlich 300,000 £, die er indes sehr bald verschwendete, so daß er England verlassen mußte. In dem Prozeß, der von seinem nachgeborenen Bruder anhängig gemacht worden ist, hat er sich bereits freiwillig zu allen Fälschungen bekannt.

— „Daily News“ hoffen, daß es Preußen gelingen werde, den Widerwillen der süddeutschen Staaten gegen den Handelsvertrag mit Frankreich zu überwinden, schließen aber mit folgender Drösigung: Sollte die Folge des Kampfes sein, daß die süddeutschen Staaten vom Zollvereine abfallen und einen neuen Handelsbund mit Österreich eingehen, so wird England sich in der günstigen Lage befinden, einen viel besseren Vertrag mit einem großen und vorzugsweise Ackerbau treibenden Reiche schließen zu können, als es mit dem norddeutschen Verein, wie derselbe jetzt beschaffen ist, schließen könnte.

— Nach dem Bericht des Baumwollvereins von Manchester können sich die Fabrikanten von Lancashire mit der Hoffnung schmeicheln, früher oder später von der Herrschaft der amerikanischen Plantagen befreit zu werden. In West-Afrika sind den Häuptlingen große Landstriche abgekauft und mit Baumwollsaamen bepflanzt worden. Der Baumwollertrag Ägyptens ist schon von 120,000 auf 200,000 Ballen gestiegen und wird nächstes Jahr wahrscheinlich auf 250,000 Ballen steigen. Die größten Hoffnungen aber werden auf Indien gebaut.

Italien.

* (K. B.) In Sicilien hat der Maire von Castelnuovo abermals ein Beispiel geliefert, wie wenig die Regierung von den aus der Zeit der Diktatur stammenden Beamten erwarten kann. Als der Unter-Präfekt von Cefalu demselben zu wissen that, daß die Regierung die Garibaldi'schen Bons nicht anerkennen werde, erwiderte er geradezu, er werde dennoch mit seinen Lieferungen an die Freiwilligen fortfahren, weil er überzeugt sei, die Gemeinde werde die Entlösung der Bons nicht verweigern; nötigenfalls sei er auch bereit, diese Entlösung aus eigenen Mitteln zu bestreiten. Einzelne Absegungen helfen da nicht viel. — Garibaldi hat, wie sich nun herausstellt, alle Freiwilligen aus Ober-Italien selber forgeschickt und diese bewertstelligen ihre Rückseiten nach dem Festlande in dieser Weise auf Staatskosten, um sich auf dem Landwege der römischen Grenze zu nähern. Der Plan Garibaldi's ist nicht schlecht. Er kann ruhig in Sicilien manövriert und wird sich dann ein 8 Tages allein aufmachen und im Neapolitanischen erscheinen, während man ihn noch in Catania festzuhalten vermönt. — Aus Paris wird der „P. B.“ geschrieben: „Die heute und gestern aus Italien angekommenen Nachrichten lassen darauf schließen, daß sich seitens der Alpen bald ernste Ereignisse zutragen werden. Ratazzi, von Paris aus gedrängt, hat jetzt zu den äußersten Maßregeln gegriffen, wie auch schon die Erklärung des Belagerungszustandes in Sicilien, die Befragung der Kammern und namentlich aber die Ernennung des Generals Cialdini, des persönlichen Feinds des Dictators, zum Ober-Befehlshaber in Sicilien beweist. Man glaubt hier, daß Garibaldi die Ankunft Cialdini's in Sicilien nicht abwarten, sondern sich sofort nach Kalabrien begeben wird, wo über 30,000 Leute seiner harren. In Turin selbst hat man beschlossen, nach der Landung Garibaldi's im Neapolitanischen sofort das ganze ehemalige Königreich in Belagerungszustand zu versetzen. Da Garibaldi die Absicht hat, nach seiner Landung sofort die Gebirge zu gewinnen, so wird ihm dort schwer beizukommen sein, zumal es ja jetzt schon den neapolitanischen Behörden nicht gelang, die dort herrschenden bourbonischen Banden zu bezwingen. — Cialdini ist mit außerordentlichen Vollmachten versehen und hat sogar die Vollmacht, jede ihm beliebige Maßregel über Garibaldi zu verhängen. (?)

Amerika.

— (K. B.) Aus der mit dem „Aetna“ eingetroffenen amerikanischen Post aus New-York, 9. Aug., tragen wir folgende Einzelheiten nach: „Fast ständig fallen kleine Scharmüller zwischen den Vorposten McLeellan's und denen der Konföderierten vor. Bei der Bewegung gegen die Malvern-Höhen nahm General Hooker die Position nebst ungefähr 100 Gefangenen. Der Verlust an Toten und Verwundeten war auf keiner Seite groß. Bei dem Zusammenstoß zwischen Soldaten und Bürgern in Point Pleasant wurden auf beiden Seiten mehrere Menschen getötet. Große Massen von Irländern und Deutschen in New-York waren seit drei Tagen damit beschäf-

tigt, ihre ausländische Nationalität darzuthun, um sich von der Conscription frei zu machen. In Baltimore ist eine allgemeine Auswanderung der wohlhabenden Bürger nach Canada und England eingetreten. Die Conscription scheint überall unpopulär. — Ueber den am 17. Juli 15 Meilen vor Manzanilla verbrannten Dampfer Golden Gate vernimmt man, daß von seinen 330 Passagieren 100 gerettet wurden. Sie sprangen über Bord und suchten schwimmend den Strand zu gewinnen. Die Baarfracht des Dampfers betrug 1,384,000 Dollars, wovon 270,000 für England bestimmt waren. Nach den letzten Berichten hatte man sehr wenig Aussicht, etwas von der Baarfracht zu retten.

Danzig, den 25. August.

* Der Herr Oberpostdirector macht bekannt, daß in Oliva, Landkreis Danzig, mit dem 1. September d. J. eine Post-Expedition in Wirklichkeit treten wird. Die Dienststunden für die neue Post-Anstalt sind festgesetzt: im Sommerhalbjahr (1. April bis ult. September): von 7 Uhr Morgens bis 12 Uhr Mittags und von 3 Uhr Nachmittags bis 7 Uhr Abends; im Winterhalbjahr (1. Oktober bis ult. März): von 8 Uhr Morgens bis 12 Uhr Mittags und von 3 Uhr Nachmittags bis 7 Uhr Abends. Die Beschränkungen der Dienststunden an den Sonn- und Festtagen ergeben sich aus dem bei der Post-Expedition aus-hängenden Dienststunden-Plane. Der bisher in Oliva festgesetzte Haltepunkt der Posten — Hotel de Danzig — fällt mit Einrichtung der Post-Anstalt fort. Personen, welche in Oliva den Posten zugehen wollen, haben sich bei der dortigen Post-Expedition einschreiben zu lassen. Eine Beihaisen-Gestellung findet in Oliva nicht statt.

* Der Magistrat publiziert heute das von ihm und den Stadtverordneten angenommene Reglement für Erhebung des Schulgeldes an den Realchulen zu St. Petri und St. Jo-hann; darnach beträgt dasselbe für jeden Schüler a) der Vorbereitungs- oder Elementarklasse 1 Thlr., b) der 6. und 5. Klasse 1 Thlr., c) der 4. und 3. Klasse 1 Thlr. 10 Sgr., d) der 2. und 1. Klasse 1 Thlr. 20 Sgr.; für Singunterricht wird monatlich erhoben: zu den 3 unteren Klassen 2½ Sgr., in den 3 oberen Klassen 5 Sgr. Außerdem hat jeder Schüler einen halbjährigen Beitrag von 1 Thlr. zu bezahlen. Für Aufnahme eines Schülers in der Schule und für Ertheilung eines Abgangzeugnisses ist an den Director 1 Thlr. zu zahlen. Andere Abgaben und Beiträge unter irgend einem Titel dürfen fortan nicht mehr erhoben werden.

* Gestern Nachmittag um 1 Uhr hielt Herr Startrath Dodenhoff an die versammelte Feuerwehr und Schutzmannschaft Namens der Feuerdeputation eine Ansprache, in welcher derselbe die bei den letzten Feuern von den Mannschaften gezeigte Bravour lobend anerkannte und dieselben zu fernrem Eifer in Erfüllung ihrer Berufspflichten aufforderne. Herr Dodenhoff hob besonders hervor, wie nur die herrschende Disciplin es möglich mache, mit einer so geringen Zahl von Leuten so Tüchtiges zu leisten, wie dies besonders in der letzten Zeit geschehen. Die Umsicht des Herrn Brandinspectors, nicht minder der Eifer der Chargirten wie der Mannschaften verdienen die volle Anerkennung und diese hiermit aussprechen zu können, gereiche dem Reduer zur besondern Freude. — Schließlich wurde die Feuerwehr alarmirt und exerzierte am Klettergerüste mit Sprüge und Leitern.

* Morgen früh geht eine Commission, bestehend aus dem Lieutenant zur See I. Klasse Hassensein und mehreren Marine-Technikern von hier nach Plymouth in England ab, um die dort für Marinezwecke angekaufte Fregatte „Niobe“ und die beiden Brigg „Musquill“ und „Rogger“ zu übernehmen und zur Überfahrt nach hier in Bereitschaft sezen zu lassen. Diese 3 Schiffe sollen dem Mangel an Übungsschiffen abhelfen und zwar sind ersteres, wie wir hören, für Kadetten und die beiden letzteren für Schiffsjungen bestimmt.

* Die „Schl. B.“ berichtet aus dem Hafen von Plymouth vom 18. Aug. Die „Gazelle“ ging am 15. d. mit dem Prinz-Admiral Adalbert an Bord von Cherbourg wieder unter Dampf, und zwar, wie es verlautet, nach Rochefort, von wo der Prinz über Land nach Hause reist, indem die „Gazelle“ nochmals nach Plymouth zurückkehren soll. Die „Arcona“ ging am 17. nach Devonport, um dort zu docken. Ihr Aufenthalt dasselbe ist unbestimmt. Die von der preußischen Regierung in Plymouth angefausten 3 Schiffe sind am 14. d. von dem Marine-Commissarius, Corvetten-Capitain Henck übernommen worden. Die gedrehte Corvette heißt „Niobe“ (28 guns), die beiden Brigg zu je 16 guns, Musquill und Rogger. Ob sie in Preußen dieselben Namen behalten werden, ist unbestimmt. Die Mannschaft für dieselben soll der vor Kurzem vom Post- zum Marinendiens übergegangene Dampfer „Adler“ in nächster Zeit hierher bringen, welcher dann die am Bord der Arcona befindlichen Kranken übernehmen und nach Danzig zurückbringen wird. — Einem hier verbreiteten glaubwürdigen Gerücht zufolge ist die Thetis nicht nach Amerika gegangen, sondern ebenfalls auf der Heimreise begriffen und wird täglich in Portsmouth erwartet.

*** [Sommer-Theater.] (Die schottischen Glockenspieler.) Der Vorhang erhebt sich und zeigt uns eine lange Tafel, auf welcher sich eine Anzahl Glocken, nach Art der gewöhnlichen Tischglocken, nur mit längeren Handgriffen versetzen, in den nötigen Größeabstufungen befindet. Es erscheinen fünf Männer in der echten Hochlandstracht, nehmen ihre Stellung an der Tafel und das Concert beginnt. Jeder greift bald rechts, bald links in den Vorrath von Löffeln und gibt den, oder richtiger die seinigen, zur richtigen Zeit mit einer solchen Präzision ab, daß man nur Einen spielen zu hören glaubt. Auch daß nicht selten der Eine für einen Moment in das Ressort des Anderen hinüber greift, kann die schöne Harmonie der zehn Hände nicht im Geringsten stören. — Die wertvollste Fertigkeit der hochländischen Gäste rief den lebhaftesten Beifall des Publikums hervor.

** [Circus Carré.] Die Benefiz-Vorstellung des Fräulein Lina Schwarz hatte leider nur ein kleines Publikum versammelt, obwohl an diesem Abende uns so viel des Guten geboten wurde. Schön dressierte Pferde, vortreffliches Schülreiten und die so beliebten Kraftübungen der Gebrüder Herren Nicollet gewährten genügende Unterhaltung und Abwechslung. Besonders erfreuten sich eines sehr lebhaften Beifalls Fräul. Lina Schwarz, die bei angenehmster Er-scheinung mit Sicherheit und Grazie auf ungesatteltem Pferde dahinsaust, und der junge Oscar Carré, dem die leidenschaftliche Liebe zu seiner kühnen halsbrechenden Kunst aus den Augen leuchtet und der die schwierigsten Sprünge und Stellungen mit wahrer Freude ausführt. Am überraschendsten wirkt aber das Auftreten des Amerikaners Mr. Nunnells mit seinem Söhnchen. Wir müssen gestehen, noch nie eine künstlerische Leistung dieses Faches gesehen zu haben, die uns so schön erschien, wie diese. Das kleine zarte Kind und der starke Vater, beide in vollendet Schönheit bietend, bei ihrem

kühnen Ritt in den malerischsten Stellungen einen wirklich großartigen Anblick dar, und obwohl jede neue Stellung ein Wagniß ist, dessen Wüstling Gefahr brächte, lassen die Eleganz und die Mühe, mit denen Vater und Sohn ihre Aufgaben lösten, beim Zuschauer doch nie die Empfindung der Gefahr aufkommen.

* In der Nacht von Sonnabend zu Sonntag wurde ein im Hafen zu Neufahrwasser liegender großer Bagger plötzlich leck und sank so schnell, daß die auf denselben befindlichen Arbeiter Mühe hatten, sich und ihre Habseligkeiten zu retten.

* Herr Bürgermeister Szepanski aus Marienwerder befindet sich hier, um mit dem in das Comite für die projec-tire Eisenbahn Marienburg-Wawa-Warschau gewählten Kaufmann Herrn Bischoff sich über den Vorschlag zu verständigen, die genannte Bahn über Marienwerder zu führen. Ueber den Ausfall der Unterhandlungen werden wir später ausführlicher berichten.

* Unsere Nachbarstadt Dirschau hatte gestern ein Festgewand angelegt, um die fröhlich heranziehenden Turner aus Danzig, Elbing, Marienburg und Pr. Stargardt zu bewillkommen. Auf dem Bahnhofe vor den Sängern und der Turnjugend mit klug und wehenden Fahnen, so wie von einer fröhlichen Menschenmenge herzlich begrüßt, zogen die Turner durch die zum Theil jetzt geschmückten Straßen nach dem Schul-Turnplatz, woselbst sich ein sehr zahlreiches Publikum versammelt hatte, welches mit Aufmerksamkeit und Theilnahme den Leistungen der Turner folgte. Am Schluss des Turnens wurde in einer kurzen Ansprache auf die hohe Bedeutung des Turnens zur Vermehrung der Wehrhaftigkeit des Volkes hingewiesen und der Wunsch ausgesprochen, auch in Dirschau einen Männer-Turnverein in's Leben treten zu sehen. Nach einem fröhlichen Schlussgesange vereinte bei einem Concerte im Schützengarten, später in der Restauratio des Bahnhofs, ein fröhliches Zusammensein die Dirschauer und ihre Gäste. Ein athletischer Turner Marienburgs gab mit der unerhörlichsten und liebenswürdigsten Ausdauer seine Schultern zur Rednertribüne her. Den rückkehrenden Turnern wurde noch telegraphisch die Nachricht nachgesandt, daß sich gleich nach ihrer Abreise in Dirschau ein Turnverein constituiert habe.

S. Soldau, 19. August. Gestern wurde hier die neu erbaute katholische Kirche durch den Herrn Bischof von der Marwig aus Peplin feierlich eingeweiht, wozu sich viele katholische Geistliche und eine sehr große Zahl Katholiken aus der Umgegend und uamenlich aus dem angrenzenden Polen eingezogenen hatten. Der Einweihungs-Feierlichkeit folgte die Firmierung. Von hier aus begiebt sich der Bischof nach Neidenburg, um dort, so wie an anderen Orten, welche er auf der Rückreise nach Peplin berührte, die Firmierung vorzunehmen.

+ Thorn, 24. August. In Folge einer Einladung hat der Magistrat beschlossen, die beruhende Versammlung der an dem Eisenbahnenprojekt Guben-Posen-Thorn interessierenden Kreise, welche am 28. d. M. in Meißen statt-haben wird, zu beschließen und soll daselbst die Commune Herr Kaufmann Adolph vertreten. Die Stadtverordneten-Versammlung hat in ihrer gestrigen Sitzung diesem Beschlusse zugestimmt und außer Herrn Adolph auch den Oberbürgermeister Herrn Körner ersucht, die Vertretung der Stadt zu übernehmen und die Erklärung in Meißen abzugeben, die Commune werde eifrigst dahin wirken, daß der Kreis Thorn das innerhalb seines Grenzbezirks liegende zur Bahn erforderliche Terrain unentgeltlich hergeben werde. — Eine andere Einladung hat einen solchen Erfolg nicht gehabt. Das Comite für den deutschen Handwerkertag zu Weimar hat hierzu sowohl den panfeatischen „Verein der Handwerksmeister“ als auch den dem Prinzip der Gewerbefreiheit huldigenden „Handwerkerverein“ aufgefordert, gedachte Versammlung in Weimar zu beschließen, sowie Beiträge zu den Kosten des Handwerktages einzuzenden. Der jetzt genannte Verein hat in einer Generalversammlung sowohl die Beschickung als auch einen Kostenbeitrag abgelehnt, der erstere Verein — ein paar Thaler zu letzterem Zwecke ausgebracht.

Börsendepeschen der Danziger Zeitung.
Berlin, 25. August 1862. Aufgegeben 2 Uhr 17 Min.
Angelommen in Danzig 4 Uhr — Min.

	Leyt. Crs.	Leyt. Crs.
Roggen behauptet.		
loco	50% fehlt	Preuß. Rentenbr. 99½ 99½
August	51% 51%	Westpr. Pfobr. 89½ 80½
Septbr.-Octbr. .	51 51	Danziger Privatbl. 103½ 99½
Spiritus August .	18½ 18½	Ostpr. Pfandbriefe 89½ 89½
Juli Augst. . . .	14½ 14½	Deitr. Credit-Aktion 80½ 80½
Staatschuldcheine 90½ 90½	10½ 10½	Nationale 64½ 64½
4½ % bbr. Anteile 1.2% 1.2%	102½ 102½	Poin. Banknoten 87½ 87½
5% 59r. Pr.-Aul. 10½ 10½	107½ 107½	Wechsels. London — 22½

Fondsborse angenehm.

Hamburg, 23. August. Getreidemarkt. Weizen loco stille, ab Auswärts sehr ruhig. Roggen loco fest, ab Danzig ne Frühjahr 76 bezahlt. Del October 29%, Mai 28%. Kasse ohne belangreichen Umsatz. Bink ohne Geschäft.

London, 23. August. Sehr schönes Wetter. Consols 93. 1% Spanier 44%. Mexikaner 28%. Sardinier 83. 5% Russen 96. Neue Russen 93.

Liverpool, 23. August. Baumwolle: 7000 Ballen Umsatz. Preise höher.

Paris, 23. August. 3% Rente 68,65. 4½% Rente 97,90. 3% Spanier 48%. 1% Spanier 44%. Oesterreich. Staats-Eisenbahn-Actionen 481. Oesterl. Credit-Actionen —. Credit mob. Actionen 845. Lomb.-Eibn.-Act. 602.

Produktenmarkte.

Danzig, den 25. August. Bahnpreise.
Weizen gutbunt, fein und hochbunt 125/27—128/29—130/31 — 132 4% nach Qualität 89,92% — 93 95 — 96 102 — 102½ 105 Igu.; ord. bunt dunkel 120 122 — 123/25/7% nach Dual. von 75 77% — 80 82% — 85 87% Igu. Roggen alter u. frischer trocken 57% — 56 Igu, leichter u. nicht ganz trocken 55 — 53 Igu. ne 125%.

Erdien, Futter- u. Koch. von 59,60 — 62/63 Igu.

Gerste kleine 100 3 — 110 11% von 42 45 — 49 51 Igu.

do. große 106 8 — 110 14% von 47 18 — 50,52 Igu.

Häfer von 31 32 — 35 6 Igu.

Spiritus 19 Igu. ne 8000 pEt.

Getreide-Börse. Weiter: schön. Wind: NW.

Für Mittelgattungen entwickelte sich am heutigen Weizen-

markt recht gute Kauflust und wurden bei 500 Lasten Umsatz voll die Sonnabendspreise bezahlt. 125% abfallende Qualität 510, 127% derselben 550, 82% 52% bis 83% 17% bunt, auch etwas blauäugig darunter, 565, 82% 19% bunt 570, alles ne 85% und Connoisement,

127 8% frisch bunt 570 ne 83% 82% 20% bis 85%

4% bunt 575, 577% 83% 22% bis 84% 5% bunt

582%, 84% 22% gut bunt 595, Alles ne 85% und

Connoisement, 132% 133% fein bunt 610, 132 3% hell-

bunt 610 ne 86% 10% — Roggen in ziemlich guter

Frage, alter 124/5% 125% 345, 349% frischer 118%

Igu. 330, 81% 14% 336, 122 3% 342, Alles ne 125% resp. 81% — Weiße Erbsen 360 ne Connoisement

und 88% — Spiritus 19 Igu.

Eisen-Bericht.

Berlin, 23. August. (B. v. H.-S.) Das Geschäft war

in dieser Woche wiederum ein sehr beschränktes, und kamen

Umsätze von Belang gar nicht zu Stande. Sowohl Consu-

menten als auch die Speculation verharren in vollständiger

Unthätigkeit. Roheisen, Schottisches. In Glasgow gaben

nach neuesten Nachrichten Preise um 6d nach und schließt der

Markt sehr ruhig und flau, hier war es unverändert still, auf

Lieferung 4 Igu., loco im Detail 4 Igu., Englisches 44

Igu. nach Qualität, Schlesisches Coaks 46 Igu., Holzholzen

1% Igu. ne Cte. frachtfrei Berlin. — Stabeisen gewalt 3%

— 4% Igu. geschmiedet 4% — 5% Igu. Staffordshire 5% Igu. ne Cte. — Alte Eisenbahnschienen etwas lebhafter umgefeilt, zu

Bauzwecken 2 — 3% Igu. zum Verwalzen 1% Igu. ne Cte. — Blei wird von Amerika des erneuten Kriegszustandes halber

höher gemeldet und herrscht auch hier eine feste Stimmung

vor, da überdies die disponiblen Vorräthe sehr gering sind, im Detail 6% — 7% Igu. ne Cte. — Zinn, Banks etwas

teurer 40% Igu. engl. Zamzuni 39 Igu. ne Cte. — Bink

ohne Geschäft, jedoch von den Producenten unverändert hoch

gehalten, da die Vorräthe fast erschöpft sind, ab Breslau W.

H. 5 Igu. 16 Igu., gewöhnliche Marken 5½ Igu. ne Cte. —

Kupfer. England war in dieser Woche mit austral. Kupfer

höher, hier waren Preise bei sehr schleppendem Geschäft für

alle Sorten ziemlich unverändert, Notirungen: Paschlow 37

Igu., Lake und Baltimore 34 Igu., Capunda, Burra-Burra 33

Igu., engl. Sorten 32 Igu., indische 31½ Igu., im Detail

durchschnittlich alle Sorten 1 Igu. höher. — In Kohlen blei-

ben die Öfferten im Übergewicht und können sich daher

Preise, trotzdem die Frachten in England wieder im Steigen

sind, nicht befestigen. Westharryton Stücklohlen 22 Igu., Ruh-

19 Igu., Co

